

Zeitungen spiegeln Ereignisse und haben Wirkungen

Tristan Abromeit

November 1997

Text 47.0

<http://www.tristan-abromeit.de/>

Offener Brief

an die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)

(November 1997 / abgebrochen / im Jahr 1997 nicht ausgeführt)

	Seite
1. Über des Zeitungslesers Freud und Leid	2
2. Ist die HAZ ein erzkonservatives Blatt?	3
3. Der Zeitung eine neue Qualität geben durch gestaltendes Lesen	4
4. Fragen zur Haltung der Journalisten in der BRD, in der DDR und im Nazideutschland	7
5. Der Leserbrief als Gegen- und Ergänzungsinformation, als Mittel, die Informations- Einbahnstraßen teilweise aufzuheben, und als Mittel, die Redakteure und Zeitungs- Schreiber zu einer mehr leser- und wahrhaftigkeitsorientierten Arbeit zu veranlassen ...	8
6. Die HAZ-Ausgabe vom 10. November 1997 ist der aktuelle Auslöser	9
6.1 „Mit Visionen gegen die Zukunftsängste“	10
6.2 „Eine späte Abkehr von Gewalt“	12

Exkurs: Versuch, mit Zitaten den wissenschaftlichen und politischen

Hintergrund, auf dem die RAF entstanden ist, darzustellen ... 14-30

- 6.3 „Fischer warnt die Grünen“
- 6.4 „Bubis: Antisemitismus bleibt erschreckend“
- 6.5 „Braune Ware kommt in den Tauschring“
- 6.5.1 Der Dritte Weg
- 6.5.2 Tauschringe
- 6.5.3 rechte Gruppierungen
- 6.5.4 „Ideologie Silvio Gesells“

oooooooo

Den vorliegenden Offenen Brief habe ich aus Gründen, an die ich mich nicht mehr erinnere, nach Fertigstellung des Exkurses, der wegen der Entlassung von Inhaftierten der ehemaligen RAF immer noch oder wieder Aktualität hat, abgebrochen. Der fertige Teil wurde noch von Isa Bening, einer Wahlverwandten, die 2003 neunzigjährig verstorben ist, korrigiert. Der Text hat auch ohne Ausführung der Ziffern 6.3 bis 6.5.4 seinen Informationswert. Vermutlich war der Offene Brief, ein aufgegebener Versuch, mich gegen eine als einseitig oder ungenügend empfundene Berichterstattung und Kommentierung der HAZ-Redaktion zu wehren.

März 2007 / Tristan Abromeit

An

Frau Claudia Schmidt-Wehrmann (Redaktion Wirtschaft), Herren

Hartmut Contentius (Redaktion Blick in die Zeit)

Jens Gundlag (Redaktion Niedersachsen)

Herrn Matthias Koch (Redaktion Politik) und

Herrn Dr. Wolfgang Mauersberger (Chefredakteur)

30148 Hannover

(Fax 0511/513175)

Offener Brief an die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)

Sehr geehrte Frau Schmidt-Wehrmann,

sehr geehrter Herren,

1. Über des Zeitungslesers Freud und Leid

das Heft Nr. 345 der Vierteljahreshefte *Das Gespräch aus der Ferne* trägt den Haupttitel „Medien und Wirklichkeit - Die Herausforderungen des Individuums im Informationszeitalter. In seinem Artikel „Schöne neue Welt oder Alptraum?“ schreibt der Journalist *Günter Geschke* nach 40jähriger Tätigkeit:

„Als Pensionär hat sich meine Mediennutzung sehr gewandelt. Was die Tageszeitung angeht, so stehe ich heute etwa auf dem Standpunkt, den ich bei *Susan Tamaro* so treffend beschrieben fand. In ihrem Bestseller 'Geh´, wohin dein Herz dich trägt', läßt sie die Heldin, eine italienische Großmutter, ins Tagebuch für ihre Enkelin in USA schreiben: ' Seit du weggefahren bist, lese ich keine Zeitung mehr ... Zuerst fühlte ich mich ohne Zeitung etwas unwohl, doch dann hat sich das Unbehagen nach und nach in Erleichterung verwandelt. Daraufhin habe ich mich an *Isaac Singers* Vater erinnert. Von allen Gewohnheiten des modernen Menschen, sagte er, ist das Lesen von Tageszeitungen eine der schlechtesten. Morgens, in dem Augenblick, in dem die Seele am offensten ist, ergießt sich so das ganze Übel, das die Welt am Tag zuvor hervorgebracht hat, in sie hinein. Zu seiner Zeit genügte es, keine Zeitungen zu lesen, um sich zu retten, heute ist es nicht mehr möglich; da ist das Radio, das Fernsehen, es reicht, sie eine Sekunde lang einzuschalten, und schon hat das Übel uns erreicht, dringt in uns ein.“

Eigentlich sollte ich es auch wie die Großmutter machen, denn wenn ich die Tageszeitung am

Morgen etwas gründlicher lese, verursacht das Übel, das über sie in mich eindringt, regelrechtes körperliches Unbehagen, das erst dann wieder verschwindet, wenn ich die Zeitung beiseite lege und meinen Körper aktiviere. Meine Reaktion auf die Zeitungslektüre ist wohl keine Einzelercheinung, wie schon das obige Zitat belegt. Zeitungsleser haben offensichtlich einen masochistischen Zug. Sie verhalten sich außerdem so wie Lottospieler, sie hoffen auf die alles bewegende gute Nachricht wie der Lottospieler auf den Hauptgewinn, obwohl sie wissen, daß diese Chance fast gleich Null ist. Der Ärger mit oder bei der Zeitungslektüre steigert sich dann bei den jeweiligen Lesern, die aufgrund spezieller Kenntnisse oder aufgrund besonderer Einsichten merken, daß die Berichterstattung oder Kommentierung daneben liegt oder gar manipulierend wirkt.

Trotz des bisher Gesagten bewundere ich aber die JournalistInnen und RedakteurInnen (einschließlich der technischen Mitarbeiter) daß sie unter Zeitdruck ihre Zeitung immer wieder fertig stellen. Mich würde ein solcher Zeitdruck vermutlich krank machen, denn mein Gedankenfluß will sich keiner Uhrzeit und keinem Datum beugen. Es ist auch bei allen negativen Aspekten, die bei dem Produkt „Zeitung“ zu finden sind, gar nicht zu leugnen, daß es dem Leser auch Bereicherung durch nützliche Hinweise im redaktionellen und im Anzeigen-Teil beschert. Z.B. hat mich die Lektüre der Besprechungen der Bücher „Konkurs einer Kaste“ von Klaus Emmerich und „Joschka Fischer“ von Sibylle Krause-Burger (HAZ vom 13.11.97) davor bewahrt, aus aktuellem Ärger unqualifizierte oder überzogene Urteile über Journalisten und einen Parteifreund zu fällen.

2. Ist die HAZ ein erkonservatives Blatt?

Neulich hatten wir Besuch aus Süddeutschland. Nach der Lektüre mehrerer Ausgaben der HAZ, sagte der Gast: „Euere Zeitung ist im Vergleich zu der unsrigen sehr konservativ. Die bevorzugen stark die CDU vor der SPD.“ Ich habe sinngemäß geantwortet: Es ist möglich, daß die Herzen des Verlages und der Redaktion mehr an der CDU als an der SPD hängen. Ich denke aber, daß diese Zeitung sich in der Hauptsache bemüht, ein politisch gemischtes Publikum bei der Stange zu halten. Außerdem kann man die SPD oder gar die Bündnisgrünen bevorzugen und trotzdem ein konservatives Profil haben. Auch ist sicher ein Teil dessen, was als „konservativ“ beurteilt wird, einfach ein Verharrungsvermögen im rasanten Datenfluß, ein Festhalten an dem gestern schon Bekannten, gestern noch Gültigen. Man vergleiche nur die Berichterstattung über die Grünen in der Gründungszeit mit jener von heute. Außerdem ist die Absicht der Zeitungsmacher das Eine, und was der (aktive) Zeitungsleser daraus macht, das Andere. Bei der Vielzahl der Nachrichten können diese nicht so selektiert werden, daß sie die

Leser in eine bestimmte Richtung lenken könnten. Außerdem habe ich oft den Eindruck, daß Nachrichtenvermittler den Inhalt vieler Nachrichten selber gar nicht verstehen. Ein unbefriedigender Kommentar erhält vom Aktivleser eine neue Form oder Wendung. Hier wäre es allerdings wichtig, daß die Mitleser mehr von der individuellen Gedankenarbeit der Aktiv-Leser erfahren würden. Ich komme darauf zurück.

3. Der Zeitung eine neue Qualität geben durch gestaltendes Lesen

Am Ergiebigsten ist Lektüre der Zeitung dann, wenn man verschiedene Beiträge verschiedener Redakteure (oder Rubriken) in Verbindung setzen kann. Z.B. *Blick in die Zeit* brachte am 1. 10. 97 einen Beitrag von Carl Goerdeler mit dem Titel „Viele verstehen den Papst nicht mehr - Johannes Paul II. wird zu einem viertägigen Besuch in Brasilien erwartet“. Ich zitiere hier drei Abschnitte und setze sie mit einem anderen Artikel vom gleichen Tage in Verbindung: ...“Die linksgerichtete 'Theologie der Befreiung', die in Brasilien mit ihrer Hinwendung zu den Armen und der Forderung nach stärkerer Beteiligung der Laien in der Gemeindearbeit in den siebziger Jahren zur Blüte gelangte, ist inzwischen verdorrt. „ ... „, Sein dritter und wohl auch letzter Besuch beschränkt sich auf Rio de Janeiro. Störende Einflüsse werden von vornherein ausgeschlossen. Der Besuch einer Favela kommt schon wegen der angegriffenen Gesundheit des Gastes nicht in Frage; der Empfang einer Abordnung landloser Bauern wurde gestrichen.“ ... „die bekannte orthodoxe Haltung des Papstes in Fragen der Sexualethik und des Familienrechts soll in Rio de Janeiro mit einem enormen Aufwand an Phonstärke und Showelementen unter das Volk gebracht werden“ ...

Auf der Seite *Welt im Spiegel* ist dann zu lesen: „'Sly' als Großgrundbesitzer / Hollywood-Star Sylvester 'Sly' Stallone hat in Argentinien mehrere hundert Hektar Land gekauft und ist damit zum Nachbarn anderer Großgrundbesitzer wie Medienunternehmer **Ted Turner** oder Filmschauspielerin **Jane Fonda** geworden. Schon im April hatte Stallone 14 000 Hektar Land in der Nähe des Wintersportortes Bariloche erworben. Die Konzentration von Prominenten im Cholila-Tal von Patagonien bereitet den Behörden der Region nach einem Bericht der Zeitung 'Clarín' zunehmend Kopfzerbrechen. Die Familie **Benetton**, Besitzer des gleichnamigen Bekleidungskonzerns, besitzt dort 200 000 Hektar Land und weigert sich dem Bericht zufolge, eine Steuererhöhung um 8000 Pesos (14 000 Mark) jährlich zu akzeptieren.“

Wäre der Beitrag über den ehemaligen, verstorbenen Bundeskanzler Konrad Adenauer in der Ausgabe vom 13. 11. 97 auch bereits in der Ausgabe der HAZ vom 1.10. 97 erschienen, dann hätte man mit einer Ausgabe die Verdrängung und Tabuisierung eines weltweiten Problems durch die Wissenschaft, durch die Politik und durch die Presse sichtbar machen können.

Konrad Adenauer urteilte als Oberbürgermeister - als er den realen Problemen noch näher war und den Gesetzen der Machterhaltung als Kanzler noch nicht unterworfen war - über unser Bodenrecht:

„Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfang des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.“ (Damaschke, Die Bodenreform, 1922, S. 476) Den Begriff Bodenpolitik kann man unter Berücksichtigung des Gesamtzitates dabei mit Bodenrecht gleichsetzen. Daß in den zitierten Berichten einmal von Brasilien, das andere mal von Argentinien die Rede ist, spielt für das was ich sagen will, auch keine Rolle, weil die Problematik in beiden Ländern (und nicht nur dort) die gleiche ist.

Unter den gegebenen Umständen führt unser Bedürfnis, uns hübsch zu kleiden und uns unterhalten zu lassen, dazu, daß den Menschen auf einem anderen Kontinent die Lebensgrundlage entzogen wird, daß irgendwann eine Situation von Rebellion, Revolution und von Mord und Totschlag entsteht. Ist das nicht ein Tatbestand, der Gegenstand der Berichterstattung oder Kommentierung sein müßte, wenn eine Zeitung wirklich informieren will. Ist die Nichterwähnung des Problem *Bodenrecht* ein Zeichen mangelnden Problembewußtseins oder die Wirkung eines Tabus?

Daß der Papst, der den untergegangenen marxistisch geprägten realexistierenden Sozialismus aus eigener Anschauung kennengelernt hat, keine besondere Sympathie für die marxistisch geprägte Theologie der Befreiung entwickeln kann, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist dagegen, daß der Papst und die Kirchenhierarchie den in Elend lebenden Menschen keinen anderen hoffnungsvollen Weg in eine bessere Zukunft zeigt. Der Nichtempfang der „Abordnung landloser Bauern“ und das Nein zur Familienplanung sind doch Signale, die als eine Allianz zwischen den Großgrundbesitzern und der katholischen Kirche gedeutet werden können, denn nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen der Bodenrente und der Geburtenrate. Letztendlich ist es eine Politik der katholischen Kirche, die eine revolutionäre Situation fördert und die dann auch das zerstört, was an der Kirche Gutes sein mag.

Das von Seiten der Redaktion und der Kommentatoren nicht immer alles bedacht werden kann, ist verständlich. Aber in Zeiten der Tele-Netze sollte eine Kommunikation zwischen Redaktion und Leserschaft zur Verkleinerung der Informationslücken möglich sein. Nicht nur als fern erscheinende Probleme der landlosen Bauern könnten diskutiert oder kommentiert werden, sondern auch jene, die fast täglich in den Zeitungen widerspiegelt werden, aber offensichtlich von den Redaktionen nicht als Bodenrechtsprobleme erkannt werden, die aber jene im Sinn hatten, die die *Soziale Marktwirtschaft*, nicht als leeres Schlagwort, sondern als

Programm geprägt haben. Ich denke an die Städte- Landschaftsplanung, die Belange der Ökologie, die Chancengleichheit der ökonomischen Wettbewerber, an die Einkommens und Vermögensverteilung und an den Gleichheitsanspruch im Sinne der Grund- oder Menschenrechte. Bei der Vereinigung der beiden deutschen Republiken wurde nicht nur in diesem Punkt mehr als gesündigt. Das geltende Boden(un)recht ist ein erheblicher Felsbrocken auf dem Weg zur Marktwirtschaft. Und wenn es uns nicht gelingt, die Marktwirtschaft zu entstören, dann werden immer mehr Menschen ihr Vertrauen in dieses Modell verlieren und ihr Heil wieder in einem zentralverwaltungswirtschaftlichen Modell suchen. Aber vorher wird es wieder Mord und Totschlag geben. Den Stillstand in Sachen Bodenrecht dokumentiert die HAZ (vermutlich unfreiwillig). Neulich habe ich an Freunde folgendes geschrieben:

„Am 5.3.97 war in der HAZ in einer Schlagzeile zu lesen: 'Weil das Geld knapp ist: Land speckt bei Personal ab, Waldbauern möchten Eintritt kassieren // Im Staatswald machen 20 von 70 Forstämtern dicht.'“ Und ein nebenstehender Artikel trägt den Titel „Wird der Wald zur Ware?“

Ich erinnerte mich im März 97 an meine Beiträge zum Bodenrecht in den SG-Kommentaren Nr. 9 vom März 1977. Sie tragen die Titel „Eintritt für den Wald?“ und „Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert“. Im letztgenannten Beitrag weise ich auf die Aussagen zum Bodenrecht des Wirtschaftswissenschaftlers Heinrich Gossen hin.“ Das Thema Eintritt für den Wald wurde also bereits vor 20 Jahren in der HAZ behandelt. Man könnte ja wenigsten auf den Seiten *Der siebente Tag* einmal der Frage nachgehen, warum z.B. die Studenten in den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universität nichts über die Bodenrechtsproblematik erfahren. Das falsche Bodenrecht war einer der Gründe, die in Rußland zu einer Revolution geführt haben. Die Art der Behandlung des Bodenrechts hat mit dazu geführt, daß die Revolution nur Tod und Elend gebracht hat. Es hat am Beginn des Jahrhunderts eine starke Tendenz zu einer Bodenrechtsreform gegeben. Die Nationalsozialisten haben sie abgewürgt oder neutralisiert. Im darauffolgenden kalten Krieg konnte bei uns das Thema Bodenrecht leicht tabuisiert werden, indem es in die Nähe des Kommunismus gerückt wurde. Und heute wird das Thema Bodenrecht von den Parteien weitgehend ignoriert, weil es in der Parteienherrschaft nicht oder nicht ausreichend um Problemlösungen, sondern nur um Machterhalt oder -zuwachs geht.

Kleine Lichtblicke sind es, wenn das **Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll** (Telefon 07164-3573) zum **100. Todestag des Bodenreformers Henry George** (1839-1997) eine Tagung anbietet.

Und im nächsten Jahr will die **Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.** (Telefon

05503/3205) in den 24. Mündener Gesprächen das Thema „**100 Jahre Tsingtauer Land- und Steuerordnung**“ behandeln. Diese Landordnung wurde von W. Schrameier entworfen und vom deutschen Reichstag beschlossen. (Siehe dazu Elisabeth Ina Friedrich, Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 - 1914). Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse, Hrsg. Prof. W. Matzat, Bonn 1992, ISSN 0176-321X)

Auf Nachfrage würden der HAZ bestimmte Tagungsberichte zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt werden.

4. Fragen zur Haltung der Journalisten in der BRD, in der DDR und im Nazideutschland

Mir kommt immer wieder die Frage, ob Journalisten und Redakteure in unserer Republik mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung offener, ehrlicher und mutiger ihrem Handwerk nachgehen - nicht nur können, sondern tatsächlich - als jene Kollegen unter der Herrschaft der Nazis oder der SED. Und vor allem: Wie ist die damit zusammenhängende folgende hypothetische Frage zu beantworten. „Wie würden sich westdeutsche Journalisten verhalten, wenn sie plötzlich Verhältnissen wie unter den Nazis oder der SED ausgesetzt würden?“ Ich kenne keine Veröffentlichung, in der nachzulesen ist, wie viel Presseleute durch den Einsatz für ihre persönliche Meinungsfreiheit oder die anderer ihren Arbeitsplatz und das Wohlbefinden, daß die Übereinstimmung mit Kollegen geben kann, riskiert haben. Ich habe aber die Klagen der Medienleute über die Eingriffe der Politik in ihre Arbeit in Erinnerung. Und trotzdem werde ich das Gefühl nicht los, daß die große Mehrheit der JournalistInnen unter einem neuen „Hitler“ oder „Honecker“ „brav“ ihre Arbeit weiter machen würden. Ich vermute, daß die schreibende Zunft sich jeweils an den Rahmen hält, den die Politik vorgibt. Der demokratisch-kämpferische Journalist dürfte die Ausnahme sein. Aufklärung wird sicher in der Regel nur dann betrieben, wenn es sich bezahlt macht oder Orden dafür verliehen werden. Wie schön wäre es, wenn ich mit meinen Ahnungen völlig daneben läge.

5. Der Leserbrief als Gegen- und Ergänzungsinformation, als Mittel, die Informations-Einbahnstraßen teilweise aufzuheben, und als Mittel, die Redakteure und Schreiber zu einer mehr leser- und wahrhaftigkeitsorientierten Arbeit zu veranlassen

Am 1. März 1969 habe ich an den Herausgeber der Nordsee-Zeitung, Kurt Dietzen und den Chefredakteur Rudolf Dahmen in Bremerhaven einen Offenen Brief geschrieben mit dem Ziel einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft zu leisten. Das Mittel sollte der Le-

serbrief und die Leser-Redaktion sein. Damals habe ich mich aus Sorge um die Entwicklung unserer Gesellschaft in die Bittstellerrolle begeben. Heute sorgt die Konkurrenz mit neuen Medien dafür, daß die Zeitungen sich aus eigenem Antrieb bemühen müssen, die Leser durch aktive Einbindung in Kommunikation an die Zeitung zu binden. Dies kann geschehen durch die Ausweitung des Raumes für Leserbriefe und die Schaffung einer Auswahltransparenz und/oder durch die neuen elektronischen Netze.

Ich zitiere jetzt ein paar Passagen aus dem vierseitigen Brief von 1969:

...“Der Hunger in dieser Welt, der Tod des Menschen durch den Menschen, der Stausee von nicht durchgeführten Reformen, das Siechtum der Demokratien, die Unterentwicklung von Wirtschaftsregionen sind meiner Einsicht nach mit verursacht worden durch eine mangelnde Kommunikation.

Aus diesem Tatbestand ist zu schließen, daß die Massenmedien, wozu die Zeitungen in ihren verschiedenen Formen zählen, nicht funktionsgerecht beschaffen sind.

Die Demonstrationen gegen die 'Springer'-Presse und die Diskussionen um die Pressefreiheit bestätigen den Sachverhalt. ...

Wenn die Pressefreiheit von der Bundesregierung als nicht gefährdet betrachtet wird (lt. NZ vom 11.2.69), so ist darauf hinzuweisen, daß 'Pressefreiheit' ein relativer Begriff ist. Im Vergleich zur Handhabung der Presse in den konservativen, sozialistischen und nationalistischen Staaten ist die Pressefreiheit bei uns vorhanden. Nimmt man als Maßstab für die Pressefreiheit die Unabhängigkeit der Verleger und Redakteure vom Staat, von den Verbänden und vom Kapital, so haben wir in der BRD keine Pressefreiheit, es sei denn die 'Freiheit der Presse', Informationen willkürlich zu vermitteln. ...

Wenn die Gefährdung der Pressefreiheit durch das Eigentum und starke Gruppen immer wieder betont wird, so wird m.E. nach der Einfluß von Redaktionsgemeinschaften, Materndiensten und vor allem von dem sozialpsychologisch verursachten Konformismus quer durch die Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen unterschätzt oder übersehen. Aber gerade den Konformismus der Redaktionen überwindet man nicht durch die Umwandlung der Eigentumsform.

In totalitären Staaten muß der Nachrichtenstrom als Mittel der Lenkung zwangsläufig in eine Richtung laufen. In einer demokratischen Gesellschaft hat die Presse aber kein Lenkungsinstrument zu sein, sondern eine Entscheidungshilfe, u.z. in dem Sinne, daß durch die Vermittlung von Nachrichten und Urteilen eine Meinungsbildung möglich wird. Dieser funktionelle Unterschied der Presse bedingt, daß der Nachrichtenstrom durch die Empfänger (Leser) im kybernetischen Sinn rückgekoppelt wird (erst dadurch entstehen Interaktionen, ohne die eine Kommunikation unmöglich ist.)

...

Nach der Auffassung des Bundesjustizministers, Herrn Heinemann, ist die Pressefreiheit nicht nur Verfassungsrecht, sondern auch Verfassungsauftrag (lt. N-Z vom 24. 2. 69)

Die Pressefreiheit kann man nun als Gehilfin der Meinungsfreiheit bezeichnen. Diese

Gehilfin ist aber solange untauglich, wie die Zeitungen nur Verlegerzeitungen sind und keine Leserzeitungen. Dieser Sachverhalt, der vorhin mit der nicht vorhandenen Rückkoppelung beschrieben wurde, beinhaltet, daß die Verleger und ihre Redakteure im Prozeß der Meinungsbildung ein Übergewicht haben, womit der Gleichheitsgrundsatz verletzt ist.

Wenn die gegebenen Mißstände von der Eigentumsform unabhängig sind, dann kann eine Änderung nur durch die Öffnung der Zeitungsspalten für den Leser bewerkstelligt werden.“ ...

Im weiteren Text mache ich dann noch Vorschläge zum Umfang, zum Verfahren und für eine vom Verleger und der Hauptredaktion unabhängigen Leserredaktion.

Folgendes sollte auch nicht übersehen werden: So wie in unseren stark hierarchisch strukturierten Unternehmen mit dem Verbesserungsvorschlagswesen nur ein kleiner Teil der Informationen für das Unternehmen nützlich gemacht wird, die in der Belegschaft vorhanden sind, so kann mit dem Instrument „Leserbrief alten Typs“ nur ein kleiner Bruchteil der Informationen angezapft werden, die bei den Lesern ruhen. Die Redaktion ist an Informationswissen dem einzelnen Leser überlegen. Die Leserschaft als ganzes ist aber im Wissen um die Dinge in unserer Welt der Redaktion überlegen.

6. Die HAZ-Ausgabe vom 10. November 1997 ist der aktuelle Auslöser

Mir geht es wohl so wie vermutlich den meisten ZeitungsleserInnen: Den Kummer und den Ärger über den Zustand der Kommune, des Landes und der Welt, der sich durch die Lektüre Zeitung der Zeitung in einem breit macht, wird mit der Ablage der Zeitung abgeschüttelt.

Manchmal ist es aber so, daß man denkt: Du machst dich schuldig, wenn du die Nachricht einfach stillschweigend schluckst oder verdrängst. Nach der Lektüre der Ausgabe der HAZ vom 10. 11. 1997 meldete sich bei mir die Gewissensstimme: „Du machst dich schuldig, wenn du heute schweigst!“ Diese Empfindung, war der Auslöser für den hier entstehenden (vorliegenden) Offenen Brief. Und der Stimme des Gewissens folgen zu müssen, kann lästig sein, besonders dann, wenn man eigentlich andere Dinge im Moment für wichtiger hält. Wenn in unserer Gesellschaft ein gemeinsames Verständnis über die einfachen Zusammenhänge komplexer Erscheinungen vorhanden wäre, hätten ein paar Zeilen mit Ergänzungsinformationen genügt, um den „inneren“ Auftrag zu erledigen. Wir leben aber in einer Zeit der Verwirrung über Vorgänge und Begriffe in der Politik und Sozialökonomie. Und dadurch hat dieser Brief am Ende eine größere Länge, als mir lieb ist.

6.1 Mit Visionen gegen die Zukunftsängste

Unter der Schlagzeile „Mit Visionen gegen die Zukunftsängste“ berichtet Helmuth Klausning

auf der Seite "Blick in die Zeit" über den von dem Betriebswirt Jörg Tremmel organisierten 1. Jugendkongreß der Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen. Der Einladung waren laut Bericht auch viele Experten gefolgt u.a. der Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Der Organisator des Kongresses, Jörg Tremmel, kommentiert den vom Kongreß aufgestellten Forderungskatalog (der mir nicht stimmig erscheint) wie folgt: „Es wird sicher einige Jahrzehnte dauern, bis in Deutschland nicht mehr auf Kosten kommender Generationen gelebt wird.“

Wenn man bedenkt, daß die grüne Bewegung und in Folge die grüne Partei auch aus Sorge um die Rechte und Lebensbedingungen künftiger Generationen entstanden ist und nach zwei Jahrzehnten so geurteilt wird oder werden muß, dann ist das alles nicht ermutigend. Besonders mutlos kann einen die Tatsache machen, daß auch die Strahlenbedrohung künftiger Generationen durch die heutige Nutzung der Kernspaltung nicht tilgbar ist. Aber auch die Feststellung: „Die Schulden von heute sind Steuern von morgen. Sie verringern den politischen Handlungsspielraum zukünftiger Generationen.“ die ja eine der Einsichten ist, die die freiwirtschaftliche Ur-Gründungsgruppe der GRÜNEN in die Partei eingebracht hat, hat betrübliche Aspekte. Vermutlich müssen wir uns auf viel längere Zeiträume bezüglich der Respektierung der Rechte künftiger Generationen einstellen. Mir scheint, jede „herrschende“ Generation denkt: Wir mußten für die alte Generation schwitzen und bluten, dann soll die nachfolgende Generation darum auch die Last für uns tragen.

In einer Schrift von Adolf Heimberg mit dem Titel „Wie retten sich die Gemeinden aus dem Zusammenbruch“, die 1948 als Manuskript gedruckt wurde, ist einleitend zu lesen:

„Solange es Staaten gibt, gibt es Staatsschulden, und solange es Staatsschulden gibt, gibt es auch Staatskrisen, die in früheren Zeiten zum Staatsbankrott führten..

So hat der französische Staat z.Zt. der Hugenottenkriege (1562-1598) viermal Bankrott gemacht. Colbert, der französische Finanzminister Ludwigs XIV., begann 1664 sein Amt mit einem teilweisen Staatsbankrott, und als er 1683 starb, stand schon wieder ein neuer größerer Staatsbankrott vor der Türe.“ ...usw.

Der amerikanische Dichter Ezra Pound, der sich aus einer pazifistischen Haltung und aus Einsicht in zerstörerische Elemente des Kapitalismus im zweiten Weltkrieg gegen die us-amerikanische Politik wandte, dafür nach dem Krieg wie ein Tier eingesperrt und von den Linken nicht beachtet wurde, weil er kein Marxist war, zitiert in „USURA - Cantos XLV und LI (Zürich 1985) Thomas Jefferson (1743-1826), den Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten. In der Einführung von Eva Hesse heißt es:

„Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem: 'Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspan-

ne der Generation, die sie einging, befristet; daß jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.' (Brief an John Taylor, 28. Mai 1816) Andernorts schreibt er zur politischen Macht der Toten über die Lebenden: 'Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.' (Brief an William Wirt, 30. Mai 1811 in : The Writings of Thomas Jefferson, Washington D.C.,1903)“

In seiner Schrift „Ezra Pound - Gelehrter - Dichter - Rebell“ zitiert Bruno P. Schliephacke aus einem Brief vom 25. 5. 1959 von Eva Hesse u.a.:

„Pound zeigt anhand von Zitaten, daß schon J o h n A d a m s, der zweite amerikanische Präsident, das Grundübel des nachfeudalistischen Systems - d.h. des modernen demokratischen Staates, erkannt hatte: 'All the perplexities, confusion and distress in America arise, not from defects in the Constitution ... so much as from downright ignorance of the nature of coin, credit and circulation.' (zu deutsch: All die Bestürzungen, Verwirrungen und Enttäuschungen entstanden in Amerika nicht von Fehlern in der Verfassung ... vielmehr ungewöhnlicher (?) Mißachtung der Natur der Münzen, des Kredits und der Zirkulation)“

Aber diese ungewöhnliche Mißachtung der Natur der Münzen, des Kredits und der Zirkulation wird auch heute noch von der Wissenschaft, der Presse und der Politik betrieben. Wie sollen dabei künftige Generationen zu ihrem Recht kommen, geschweige die lebenden von der sozialökonomischen Drangsal befreit werden?

Nachtrag zu Ezra Pound. Schliephacke schreibt:

„Gelegentlich wurde dem Dichter Antisemitismus vorgeworfen, weil man keine anderen Argumente gegen ihn fand. Eva Hesse schrieb dazu in einem Brief vom 2.11.1958 an den Autor dieser Schrift u.a.:

'Der Umstand, das Pound gegen den Kriegseintritt Amerikas war, daß er sich danach für einen Verhandlungsfrieden einsetzte, oder daß er in den 'Cantos' das System der 'usura' angreift, hat mit Antisemitismus gar nichts zu tun. Pound war in genau demselben Maße gegen den ersten Weltkrieg. Und wenn er in den 'Cantos' den alten Rothschild vornimmt, so greift er doch auch die Familie Krupp oder die Schneider-Creusots an. Für ihn ist Rothschild nur Exponent des Wuchers, Krupp und Schneider-Creusots nur Exponent des Waffenhandels. All dies sind Angriffe gegen bestimmte Ideen und Machenschaften, sie erfolgen nicht auf rassistischer Basis. ...; Pound ist frei von Rassenvorurteilen. So schreibt er in 'Culture' auf S. 424: 'R a s s e n v o r u r t e i l e s i n d e i n e A b l e n k u n g, d a s W e r k z e u g d e s g e i s t i g U n t e r l e g e n e n u n d w o h l f e i l e n P o l i t i k e r s'. Das Buch ist übrigens dem jüdischen Dichter Louis Zukofsky gewidmet.'“

6.2 „Eine späte Abkehr von Gewalt“

Unter dem Titel „Eine späte Abkehr von Gewalt“ berichtet Joachim Jahn am 10. 11. 97 über eine Veranstaltung mit dem früheren Terroristen Karl-Heinz Dellwo im alternativen Veranstaltungszentrum in Celle. Dellwo ist mit 23 Jahren in den Untergrund gegangen, ist heute 45 Jahre alt und kannte Celle bisher nur aus der Perspektive der Strafvollzugsanstalt. Jahn berichtet dann weiter:

„Anders als manche der früheren Terroristen klammert Dellwo heute den Gedanken an seine Opfer nicht aus: 'Wir haben zwei Geiseln erschossen.' Und als jemand nachhakt: 'Ich meine nicht, daß das richtig war und daß man dazu stehen kann.' Aber mit den Angehörigen der Toten wolle er auch heute nicht sprechen: 'Wir haben sie in ihrer staatlichen Funktion angegriffen. Außerdem kann man diese Frage nicht nur uns stellen - wir haben die Gewalt nicht erfunden.'

Als Dellwo 1995 freikommt, ist er erstaunt über den Wandel der Gesellschaft: 'In meiner Jugend durfte man seine Freundin nicht mit nach Hause bringen, weil die Eltern Angst vor dem Kuppelei-Paragrafen hatten.' Nun wimmelt es von Frauengruppen, Schwuleninitiativen und Ausländerkomitees. Er erkennt: 'Wir sind mit unserer Strategie der Konfrontation gescheitert - die Bevölkerung, für die wir als Avantgarde kämpfen wollten, ist draußen vor geblieben.'

Seine Hoffnung auf eine andere Gesellschaft hat er nicht aufgegeben, zumal das System und die Menschen noch 'härter' geworden seien. 'Ich wäre unendlich glücklich über einen neuen Aufbruch. Wir brauchen einen neuen sozialen Gedanken, aber ich habe ihn noch nicht.' ...“

Soweit Jahn.

In diesen Tagen wird viel über die RAF und ihre Mitglieder geschrieben und gesendet. Betrachtet man sich die Akteure unvoreingenommen, kann man feststellen, daß hier eher ein Teil der Elite als der Abschaum Gesellschaft zu Verbrechern wurde. Wie ist das möglich? Meine Deutung:

- a) Wenn eine Elterngeneration ihre Kinder nicht zu Heuchlern erziehen will, muß sie darauf achten, daß das Handeln und Denken ihrer Kinder nicht zu weit auseinander klaffen. Bei den im Umfeld der RAF angesiedelten jungen Leute war dies offensichtlich gelungen. Ihr Denken hatte sozusagen Befehlsgewalt über ihr Handeln.
- b) Auf dem Hintergrund, daß der politisch wachen Jugend vermittelt wurde, daß ihre Eltern- und Großeltern verbrecherisch waren, weil sie Hitler und die Folgen ermöglicht hatten oder keinen Widerstand dagegen geleistet haben, verspürten sie in einer Situation der gesellschaftlichen und politischen Erstarrung und Verlogenheit eine neue Bedrohung der Individuen und der Gesellschaften (eben nicht nur der unsrigen), die zum Handeln zwang, wenn man nicht so versagen wollte, wie die Eltern.
- c) Das Gewaltmonopol des Staates konnte auf dem Hintergrund der nationalsozialistischen

Geschichte, durch die als sehr unvollkommen und mit der Vergangenheit verflochten empfundenen Demokratie und durch die vom kapitalistischen Imperialismus ausgehende Unterdrückung nicht als sakrosankt betrachtet werden. (Und in der Tat wird doch allgemein bedauert oder als Beweis für die abgrundtiefe Schlechtigkeit der Deutschen hingestellt, daß das Gewaltmonopol des Staates unter Nazi-Herrschaft nicht massiv gebrochen wurde, z.B. durch zivile oder militärische Befreiungsaktionen von KZ-Häftlingen. Das Gewaltmonopol des Staates soll ein gesellschaftliches Befriedungs- und kein Unterdrückungsinstrument sein. Wenn das staatliche Gewaltmonopol mehr tötet und verletzt als das Faustrecht, dann hat es seine Legitimation verloren. Wäre es nicht so, hätten Sklaven nie das Recht, sich zu erheben.)

d) Es ist verständlich, daß die Menschen, die die Elendsjahre der Weimarer Republik, den durch Unterdrückung und Krieg teuer bezahlten kurzen Aufschwung erlebt hatten, im wirtschaftlich aufblühenden westlichen Restdeutschland bemüht waren, für sich persönlich ein Stück von der Sonnenseite des Lebens zu erhaschen. In einer solchen Situation ist es schwer, neue gesellschaftliche Ungereimtheiten und Erstarrungen, neue individuelle Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten wahrzunehmen und zu bekämpfen. Zu der gesellschaftlichen Erstarrung hat auch wesentlich der kalte Krieg zwischen Ost- und Westblock beigetragen. Jeder aufkeimende alternative politische Gedanke, jede aufkommende Konkurrenz politischer Gruppen mit sozialistischen, pazifistischen oder neutralistischen Gedanken konnte mit Hinweis auf den bedrohlichen Kommunismus vom Tisch gewischt werden. Die herrschende Lehre der Gesellschaftswissenschaften und die Reden der Politik an das Volk, auch das Bemühen der Kommentatoren in der Presse alles war auf die Rechtfertigung des gesellschaftlichen Ist-Bestandes ausgerichtet.

Wo sich in den Hochschulen und politischen Zirkeln der nach Gerechtigkeit und Freiheit lechzenden jungen Menschen, die in den vierziger Jahren geboren waren, inhaltliche Alternativen anboten, waren diese von der marxistischen Gesellschaftsanalyse geprägt. Daß die Marxismuslehre mit dem Monopolanspruch, das einzige und richtige oppositionelle Gedankengut zu sein, selbst ein Ausdruck von geistiger Unterdrückung war, konnten sie nicht erkennen. Auch konnten sie die Freiheitsfeindlichkeit und Inhumanität aufgrund seiner zentralistischen Lösungsansätze und der Eigentumsfeindlichkeit schwer erkennen, wenn ihre marxistischen Lehrer diese Zusammenhänge nicht einmal erkannten. Die marxistischen (Hochschul-)Lehrer wurden auf ihre Inhalte dadurch fixiert, daß die Fehlentwicklungen in der Gesellschaft damals wie heute nicht zu leugnen waren, daß sie aufgrund des eisernen Vorhanges nicht mit den Auswirkungen ihrer Lehren konfrontiert wurden und die Kritik von den liberalen Kollegen zu häufig vordergründig rechtfertigend und theoretisch widersprüchlich war. Ich spreche hier

nicht von Böswilligkeiten linker, liberaler und rechter Gesellschaftsforscher und Wissens- bzw. Meinungsvermittler, sondern von Mängeln in der Gesellschaftsforschung und in den Medien, die am Ende eine Abwesenheit eines chancengleichen offenen Wettbewerbs in Forschung, Lehre und ihre Sprachrohren bewirken. Ich spreche auch nicht von der Dummheit der Gesellschaftswissenschaftler (besonders der Ökonomen). Vielmehr geht es um das Problem der mangelhaften internen und externen Kommunikation in den Gesellschaftswissenschaften, die für Situationen, in der das Handeln und nicht das Denken gefragt ist, falsche Leitbilder, Handlungsanweisungen und damit u. U. Mörder produziert hat.

XX
 x

Exkurs: Versuch, mit Zitaten den wissenschaftlichen und politischen Hintergrund, auf dem die RAF entstanden ist, darzustellen

Von der Politik und von den Medien wurden die Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) gerne als gewöhnliche Kriminelle hingestellt. Das war und ist eine einfache Methode um eine Mitverantwortung der Politiker, der Gesellschaftswissenschaftler und Journalisten auszuschließen. Die RAF-Mitglieder sind für ihre Taten verantwortliche Diebe, Erpresser und Mörder, aber sie waren auch verführte, in die Irre geleitete politische Akteure, die letztlich gegen ihre eigenen Ziele gewirkt haben. In dem Artikel von Maike Jacobs mit dem Titel „Die RAF ist Geschichte“ (HAZ 17.10.97) wird der Satz aus Terroristinnen Mund zitiert: „Ich empfinde sehr wohl Scham.“ Diesen Ausspruch habe ich von Medienvertretern (die auch an den absatzfördernden Ereignissen verdient haben), von Vertretern der Lehre (die in ihren Aussagen unscharf, nichtssagend oder mit ökonomischen Glaubenskriegen befaßt waren) oder von den „Staatsmännern“ in der Politik, die wesentlich für die gesellschaftliche Erstarrung und für die Abwesenheit einer offenen Kommunikation verantwortlich waren) noch nicht gehört. Praktisches Handeln hat auch im Falle des Tötens (wenn es nicht aus dem Trieb oder einem psychischen Defekt heraus geschieht) eine Verankerung in geistig-theoretischen Vorstellungen. In der öffentlichen Berichterstattung und Verurteilung ist nur selten angedeutet worden, wieso die RAF überhaupt entstehen konnte. Ich will mit mehr zufällig ausgewählten Zitaten in meiner unvollkommenen Weise versuchen, den dahinterstehenden gesellschaftlich-ökonomischen Themenkomplex zu erläutern.

Prof. Dr. Johann Plenge, Zum 'Tableau Économique'

In einem Sonderdruck der Zeitschrift „Weltwirtschaftliches Archiv“ vom Juli 1926 sind Bei-

träge von Joh. Plenge, damals Professor in Münster, veröffentlicht. Plenge schreibt:

Unsere 'Welt' ist nicht nur, wie die Mathematik der Relativitätstheorie will, eine vierdimensionale Einheit von Raum und Zeit, sondern in diesem ihr wesentlichen Rahmen ein einziges dynamisches Ganzes. (S.109)

Plenge, der offensichtlich die Soziologie und Ökonomie nur als verschiedene Aspekte des gleichen komplexen Gegenstandes *Gesellschaft* hielt, bemängelt die Möglichkeiten des geschriebenen Wortes in Buchform für die Darstellung des dynamischen Systems. Er entwickelte Schautafeln, um die ökonomischen Prozesse darstellen zu können. In einer Schautafel wird die Geldhoheit des Staates als Bestandteil der Friedensgemeinschaft dargestellt. Plenge würde sich sicherlich freuen und bestätigt fühlen, wenn er die heutigen Möglichkeiten der Computergrafiken erleben könnte, oder staunen, was in einem Buch wie *Das Geldsyndrom* von Helmut Creutz alles grafisch darstellbar ist. Wenn gesellschaftliche Veränderungen, die immer nur befristet unterdrückt werden können, nicht durch Rebellion - wie im Falle der RAF - oder durch Revolutionen - wie z.B. 1917 in Rußland - begleitet werden, sondern in permanenter und sanfter Form vonstatten gehen sollen, dann ist das Durch- und Überschaubarmachen gesellschaftlicher Vorgänge durch Forschung, Lehre und die Medien überaus wichtig. Daß dies auch heute nach den Erfahrungen mit der NSDAP und der RAF immer noch nicht gelingt, ist eine Herausforderung. Bernd Senf, Professor in Berlin, hat es wohl auch so empfunden. Er veröffentlichte 1996 sein Buch „Der Nebel um das Geld“.

Paul Sering, *Jenseits des Kapitalismus*

In dem Buch von Paul Sering mit Titel *Jenseits des Kapitalismus*, das den überlebenden Freunden gewidmet und 1947 erschienen ist, wird deutlich, wie sozialistische Erwartungen aufgrund mangelnder Analyse zu ungenügenden Ergebnissen führen. Es wird aber auch deutlich, welches höhere Niveau frühere Sozialisten gegenüber jenen hatten, die sich heute für solche halten.

Der Ausgangspunkt alles modernen Sozialismus ist die Forderung nach der Befreiung des Menschen - Befreiung von allen Formen politischer und sozialer Hörigkeit, Befreiung auch von den anonymen Zwangsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, in der der Mensch aus einem Zweck zum Mittel, aus einem Individuum zu einer austauschbaren Ware, aus dem Träger und Endziel aller Produktion zum bloßen Kostenfaktor wird.“ ... (S. 9)

Für Sering steht fest, daß dieses Ziel nur mit der Planwirtschaft erreicht werden kann. Er sieht offensichtlich nicht, daß mit dieser Methode die Befreiung zur Illusion wird. Er weist aber zu recht auf die Übernahme dieser Idee der zentralistisch orientierten Sozialisten durch Befürworter anderer Ideen hin. Das gilt sogar teils für unsere bundesrepublikanischen und ange-

strebten europäischen Verhältnisse, die Sering ja noch nicht berücksichtigen konnte. Er schreibt:

„Dieser Prozeß der Übernahme sozialistischer Gedanken durch Gegner des sozialistischen Gesamtziels ist nirgends deutlicher als beim Begriff der *Planwirtschaft*. Die planmäßige Ausrichtung von Produktion und Außenhandel eines Landes durch den Staat im Interesse eines Gesamtziels war ein Grundgedanke sozialistischer Politik; heute ist sie anerkannte Praxis fast aller wirtschaftlich entwickelten Länder. Aber Nazis und Kommunisten, amerikanische New Dealer und englische Arbeiterparteiler planen mit verschiedenen Methoden und für verschiedene Ziele - und es ist nicht die bloße Tatsache der Planung, sondern es sind ihre Ziele und Methoden, die sie als sozialistisch charakterisieren. ... (S.6 ff.)

Die Anziehungskraft eines marxistisch geprägten Sozialismus, wird aus der folgenden Passage verständlich:

Was meinen wir mit Sozialismus?

Auf diese Frage ist die Antwort heute noch dieselbe wie vor hundert Jahren: *die Abschaffung der Klassen und die Aufhebung der Lohnarbeit*. Aber heute, da wir die ersten Schritte sozialistischer Planung erleben, ist es notwendig, etwas konkreter zu erläutern, was diese Worte besagen. ... Die *Abschaffung der Klassen* kann, *soviel wir heute sehen können, nicht bedeuten, daß die berufliche Arbeitsteilung aufgehoben wird. Sie muß bedeuten, daß die berufliche Arbeitsteilung, und insbesondere die Unterscheidung zwischen ausführender und leitender Arbeit, nicht erblich sein darf - daß Kinder aus allen Berufsgruppen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben müssen, die gleichen Chancen, 'jeder nach seinen Fähigkeiten' ihren Beitrag zur gemeinsamen Aufgabe der Gesellschaft zu leisten.*

Die Abschaffung der Klassen muß darüber hinaus bedeuten, daß die am Beginn sozialistischer Planung noch vorhandenen Einkommensunterschiede ständig an Gewicht verlieren. Die Voraussetzung dafür ist in erster Linie die Zunahme der Arbeitsproduktivität, die Zunahme der verfügbaren Güter und verfügbaren Muße. Die Klassenlose Gesellschaft kann nur erreicht werden im Maße, wie - in den Worten von Marx - 'alle Springquellen des Reichtums fließen'. Denn je mehr einem jeden Mitglied der Gesellschaft verfügbar gemacht werden kann, desto weniger Bedeutung kann zusätzliches Einkommen als Anreiz für Leistung haben, *desto mehr müssen ideelle und kollektive Antriebe, der Wille, seinen Beitrag zum Ganzen zu leisten, den materiellen Antrieb des Einkommens ersetzen* - und desto leichter können sie es tun. (S.201)

Sering schreibt dann weiter:

Nach dem Elend und der Hoffnungslosigkeit der kapitalistischen Krisen der letzten Jahrzehnte sind die gewaltige Mehrzahl der Menschen heute schon zufrieden, wenn ihnen ein für ihre bescheidenen Bedürfnisse ausreichender Lohn gesichert ist. ...

(S.201)

Auf Seite 247 ist dann zu lesen:

Sozialistische Planung, die konsequent die Hebung des Lebens- und Kulturstandards der Massen zur Hauptaufgabe macht, ist auf die Dauer nur in einer friedlichen Welt möglich - in einer Welt, die nicht von der ständigen Erwartung kriegerischer Konflikte beherrscht wird ... Darüber hinaus ist, ..., die Leistungsfähigkeit sozialistischer Planung, wie je-

der Planung, durch die Größe des Planungsbereichs bedingt. ...*Der typische Nationalstaat von heute, insbesondere der typische europäische Staat, ist für diesen Zweck zu klein und zu abhängig vom Außenhandel. ...*

(Hier drängt sich der Verdacht auf, der sozialistische Pazifismus und Internationalismus ist nicht in der Liebe zum Menschen, sondern in der Liebe zum Plan begründet.)

Unter Literaturhinweisen formuliert Sering dann eine Forderung, die die meisten heutigen Sozialisten wohl nicht erfüllen können oder wollen:

Kontinuität in der Kritik und Fortentwicklung dessen, was in anderen Ländern und von andern 'Schulen' bereits geleistet worden ist, gehört jedoch zu den unentbehrlichen Bedingungen echter wissenschaftlicher Arbeit, und die 'Übersetzung' nicht nur aus einer nationalen Sprache, sondern aus einer Begriffssprache in die andere ist eine notwendige Bemühung, um solche Kontinuität herzustellen und die dogmatische Erstarrung des Denkens in einseitigen Formeln zu verhindern. (S.258)

John Strachey, *Kapitalismus heute und morgen*, 1957

Strachey ist laut Klappentext ein angesehener, sozialistischer Schriftsteller. Sein Vater war Herausgeber und Eigentümer der angesehenen konservativen Zeitschrift „Spectator“. Er war Abgeordneter und Unterstaatssekretär, zweimal Minister der Labourregierungen nach dem zweiten Weltkrieg. Auch bei Strachey finden wir kluge Worte für die Notwendigkeit einer friedlichen Weiterentwicklung der Gesellschaften.

Die Bedeutung der Nationalökonomie

Aus allen diesen Gründen gilt mir die Nationalökonomie, diese demütige und eintönige Wissenschaft vom gesellschaftlichen Haushalten, noch immer als überaus wichtig. Zusammenbruch in ihrem Bereiche kann alles andere mit sich reißen. Zudem sind ihre Probleme so überaus schwer zu lösen - nicht etwa, weil sie von Natur aus verwickelt sind, sondern weil das Bemühen um nationalökonomische Erkenntnis auf besonders schwierige psychologische und emotionelle Hemmnisse trifft. Blinde und heftige Klassenvorurteile und Leidenschaften stehen hier dem Verstehen im Wege.

Und doch vermochte dieser Bereich so große Männer wie Smith, Ricardo, Marx und Keynes hervorzubringen. Jeder von ihnen hat sich redlich und nach besten Kräften um geistige Erleuchtung bemüht. Ihrer Zeit und sogar ihnen selbst galt ihr Werk als nahezu völlig antagonistisch. Uns hingegen wird langsam klar, daß sie mühsam und mittels eines dialektischen Prozesses den nationalökonomischen Bestandteil einer Soziologie aufgebaut haben, die es uns schließlich ermöglichen mag, die Tätigkeit und das Funktionieren unserer Gesellschaften zu kontrollieren und zu steuern. Vielleicht liegt eine Soziologie, die realistisch genug ist, um zumindest einen besseren Leitfaden des Handelns an die Hand zu geben, als es unsere Vorurteile und Leidenschaften sind, nicht länger erheblich außer Reichweite. ...

Der konservative Bilderstürmer

... „Aber eines ist sicher: der Reichtum, die Vielfältigkeit und die Wunder des westlichen Erbes lassen sich nur durch Fortentwicklung bewahren. Und eines der wenigen Dinge, die wir von den menschlichen Gesellschaften mit Gewißheit sagen vermögen, ist daher folgendes: Eine Gesellschaft, die sich nicht entwickelt, die nicht fortfährt, stetig neue und reichere innere Kräfte zu entfalten, verfällt oder - falls sie nicht sofort verfallen sollte - erstarrt zur Sterilität. Die wahren Konservativen werden deshalb auch unbarmherzige Neuerer und Bilderstürmer sein müssen und in gewissem Sinne auch sein; denn nur so läßt sich der Weg für das Fortleben und Wachsen ihrer Gesellschaften freilegen. Darüber hinaus werden zur rechten Zeit alle jene Dinge, die sich in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts als Illusion erwiesen, in den Bereich des Möglichen einrücken. Die Faktoren, von denen die Gesundheit, die Stärke und das Wachstum der Gesellschaft, wie auch das Glück ihrer Mitglieder abhängen, sind gewiß weitaus verwickelter und weitaus weniger geklärt, als wir einst annahmen. Aber das heißt nicht, daß sie unbegreiflich seien. Eines Tages wird man gelernt haben, auch sie zu verstehen und zu meistern....

Sozialismus

...Eine Analyse der bestehenden Gesellschaft wird immer nur dann leben, wenn sie erfüllt und beseelt ist vom Trachten und Streben nach sozialer Fortentwicklung. Dieses Trachten läßt sich im religiösen wie auch im weltlichen Sprachgebrauch zum Ausdruck bringen. ... (S.284 ff.)

Vor jeder Sitzung des britischen Unterhauses geloben wir im Gebet, parteiische Neigungen und Voreingenommenheiten abzulegen. Das ist gewiß eines der höchsten Ideale, nach denen ein Parlament trachten kann. Denn heute könnten wir nicht nur von dem in die Irre geführt werden, was falsch in uns ist, sondern auch von dem, was in uns noch unvollkommen, unterentwickelt und moralisch unreif bleibt....

In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts haben diese parteiischen Neigungen in der Übersteigerung zur Raserei der blinden Anbetung von Rasse und Klasse die Welt schwer angeschlagen. Inzwischen schaffen wir uns Waffen, die für den Fall eines erneuten Götzendienstes solcher Art sicherstellen, daß weder wir selbst, noch vielleicht auch die Welt überleben werden. Wer könnte in einer solchen kritischen Zeit wohl zögern, sich dem Ganzen zu verschreiben? (S. 291)

Jayaprakash Narayan, *Vom Sozialismus zu Sarvodaya, 1959*

Im Vorwort dieser Schrift heißt es: „Vom 27. bis 31 Mai 1958 besuchte der frühere Führer der indischen Oppositionspartei 'Praja Socialist Party' Jayaprakash Narayan die Bundesrepublik und Berlin. Sein Interesse galt vor allem der deutschen Genossenschaftsbewegung. Er wurde vom Bundeskanzler empfangen, besuchte den Parteitag der SPD und sprach u.a. vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik und im Freundschaftsheim Bückeburg.“ Ich habe das Glück gehabt, diesen außergewöhnlichen Menschen im Freundschaftsheim zu erleben. Kann mir aber nicht vorstellen, daß die HAZ das Ereignis damals gewürdigt hat. Um Narayan den deut-

schen Lesern vorzustellen, wird aus dem Bulletin der Indischen Botschaft vom Juni 1958 zitiert. Er wird als einer der interessantesten Persönlichkeiten der indischen Öffentlichkeit vorgestellt. Narayan hatte bereits damals ein bewegtes Leben hinter sich. Ich meine, daß neulich in den Nachrichten sein Name im Zusammenhang mit einem Präsidentenamt erwähnt wurde. Für die Teilnahme an Gandhis Bewegung hat er auf einen Studienplatz verzichtet, später in den USA studiert und sich als Gelegenheitsarbeiter seinen Unterhalt verdient. Für seine politischen Überzeugungen (z.B. Protest gegen die Teilnahme Indiens an dem zweiten Weltkrieg) saß er wiederholt im Gefängnis. In politischen Bündnissen mit den Kommunisten machte er seine ihn ebenfalls prägenden Erfahrungen. „Narayan zog sich von der politischen Bühne zurück, auf der er zeitweise als möglicher Nachfolger Nehrus betrachtet worden war, und widmete sein Leben der revolutionierenden Kleinarbeit in den Dörfern Indiens. Obwohl er keine politischen Funktionen ausübt, ist sein Einfluß auf die öffentliche Meinung des indischen Volkes auch heute nicht zu unterschätzen.“ So endet das Bulletin vom Juni 1958.

In der Schrift, aus der ich zitiere, beschreibt Narayan seinen Weg von Marx und Stalin zu Gandhi und Vinoba Bhave.

Der Aufstieg Hitlers und die Front des Volkes

Während in Indien im Anfang der 30er-Jahre die nationale Bewegung tobte, gingen in Europa schreckliche Entwicklungen vor, die schließlich u Hitlers Machtergreifung führten. Stalin hatte Hitler einen frühen Sturz prophezeit, weil, wie er meinte, schwerlich ein halb Wahnsinniger die verwickelten und schwierigen Probleme Deutschlands würde lösen können. Und auf den Ruinen von Hitlers Macht, so hatte Stalin prophezeit, würde das Gebäude des kommunistischen Deutschland erbaut werden. Als nichts dergleichen eintraf, als Hitler im Gegenteil seine Macht festigte und die Kommunisten, die Sozialisten und die Gewerkschaftsbewegung unterdrückte, erfaßte Furcht den Herrn des Kreml, und alsbald wurde ein Frontwechsel vorgenommen. Es ist heute Mode, Stalins Irrtümer auszugraben - Chruschtschow hat einige ans Tageslicht befördert. Schukow scheint noch tiefer nachgraben zu wollen. (Dies wurde geschrieben, bevor Schukow abgesetzt wurde, was zweifellos u.a. dadurch verursacht war, daß er im Ausgraben nicht an der Stelle Halt machen wollte, wo Chruschtschow mit der Darlegung der Sünden Stalins Halt machte.)

Ich habe keine Neigung, dieser Richtung zu folgen. Aber ich möchte hier wiederholen, was ich schon an anderer Stelle sagte, nämlich, daß die Zeit noch kommen wird, in der man als das schlimmste Vergehen Stalins Politik bezeichnen wird, mit der er Hitler zur Macht verhalf. Hätten die deutschen Kommunisten nicht unter Stalins Einfluß die Sozialdemokraten als den Feind Nr. 1 erklärt und die Nazis erst in zweiter Linie bekämpft, so wäre Hitler niemals der Beherrscher Deutschlands geworden. Wenn eine Politik der sozialistischen Einheit, die nach dem Siege des Nationalsozialismus begann, schon vor Hitler durch eine Vereinigung der deutschen Kommunisten und der Sozialdemokraten in Deutschland verfolgt worden wäre, so wäre die Geschichte anders verlaufen und die Schrecken des zweiten Weltkrieges wären verhindert oder wenigstens gemildert worden.

Die Politik Deutschlands hatte ihr Echo in Indien in dem pflichtgemäßen Frontwechsel der CPI und in ihrer plötzlichen Anerkennung und Unterstützung des indischen Nationalkongresses, der von ihr jetzt als 'nationale Front' bezeichnet wurde, während sie ihn vorher verachtet und verleumdet hatte. (S.10 ff.)

Enttäuschung

Die unseligen Folgen dieser Politik sind allgemein bekannt. Eine war der Verlust des ganzen Südens, der von der CSP an die CPI überging. Aber diese unheimliche Erfahrung brachte einen großen Erkenntnisgewinn. Wir merkten - einige von uns mit nicht geringem Schmerz -, daß es keine Vereinigung mit irgend einer offiziellen kommunistischen Partei (...) geben kann; daß eine solche Partei kein freier Kontrahent, sondern ein Werkzeug Moskaus ist; daß sich eine solche Partei in erster Linie Rußland und erst in zweiter Linie irgend jemand anderem verpflichtet fühlt; daß wenn die Kommunistische Partei von 'vereinigter Front' redet, dies immer eine List und im besten Fall eine zeitweilige Abmachung mit Rücksicht auf eine augenblickliche Situation ist; daß ihr unverrückbares Ziel immer nur die Alleinherrschaft des Kommunismus ist; daß die Kommunisten nie daran denken können, die Macht mit jemandem zu teilen, ausgenommen mit jemandem, der sich ganz für ihre Zwecke brauchen läßt. ... (S.12)

Die CPS war als marxistisch-leninistische Gruppe ins Leben getreten, und wir hatten in den ersten Jahren ihres Bestehens ständig behauptet, daß sowohl die CPI als auch der Kreml den Marxismus-Leninismus, ganz abgesehen von seiner möglichen Auslegung, überhaupt ein sicherer Führer zur sozialistischen Revolution und zum Sozialismus sei. Soviel wenigstens wurde mir klar:

1. Wenn man die Gewalt als Mittel zur Durchführung der sozialen Revolution ablehnt, so ist es in einer Gesellschaft, der demokratische Mittel zur Verfügung stehen, ein konterrevolutionärer Akt, zur Gewalt zu greifen.
2. Der Sozialismus kann weder geschaffen werden noch bestehen ohne die Voraussetzung demokratischer Freiheiten. Als logische Schlußfolgerung verwarf ich die Theorie der Diktatur des Proletariats, die in ihrer Wirkung nichts anderes als eine bürokratische Oligarchie ist.

Die russische Revolution begann als Volksrevolution mit Unterstützung der breiten Masse des zaristischen Rußlands, aber Lenin verwandelte sie in die Revolution einer Minderheit, als er gewaltsam die konstituierende Versammlung auflöste, in der er eine kleine Minderheit hinter sich hatte, und mit Hilfe von rebellischen Soldaten und der Landarbeiterklasse die Macht ergriff. Der darauf folgende Mißerfolg der Revolution und die Verzerrung des Sozialismus war meiner Meinung nach die direkte Folge der gewaltsamen Machtergreifung durch eine Minderheit. (S. 13)

Ich habe hier bei Narayan nicht seine ökonomischen Aussagen zitiert, sondern seine politischen. Dies hat mehrere Gründe:

1. Um den Bruch zwischen den sozialistischen Idealen und der politischen Wirklichkeit zu verdeutlichen.
2. Zweitens vermute ich einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten von Kommunisten und Sozialisten und ihrer am Zentralismus orientierten Erlösungserwartung. Die Schilderung

Narayans mit den Kommunisten erinnerten mich an meine Erfahrungen im Verlauf der Entstehungsgeschichte der Partei DIE GRÜNEN.

3. Hätte man in Zeiten des kalten Krieges statt einem platten Antikommunismus - der ein Mittel der Zensur war - in den Massenmedien glaubhafte Kritiker aus dem sozialistischen Lager ,wie Narayan einer war (bzw. ist) zu Wort kommen lassen und hätte gleichzeitig die Diskussion von Alternativen zu den unbefriedigenden Istzuständen zugelassen, dann hätte die Chance bestanden, daß sich der Teil der westdeutschen Linken, die sich so in gewaltsame Revolutionsphantasien verrannt haben, einen anderen Weg gegangen wären. Die offene Erörterung über unsere gesellschaftliche Herkunft, über unseren Istzustand und über unseren angestrebten Weg in die Zukunft hat unsere politische Kaste - solange ich die Politik beobachte - nie in der erforderlichen Tiefe ermöglicht. Und nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken, als die Parteienherrschaft dem Volk das Recht der Verfassungsfindung und -gebung gestohlen hat, war kein vernehmbarer Protest in oder durch die Massenmedien zu hören - auch nicht in der HAZ.

4. Narayan kann man aber auch für die Loslösung von zentralistischen Problemlösungen und die Hinwendung zu dezentralen Ansätzen benennen.

Überleitung zu liberalen Problemlösungsansätzen

Ich werde noch ein paar Zitate von bekannten und weniger bekannten Autoren mit dezentralen Lösungsansätzen bringen. Aber auch hier ist die Auswahl wirklich willkürlich. Die ganze Idee dieses Exkurses kam mir bei der Suche nach einer Quelle. An den zitierten Titeln blieb mein Auge dabei hängen. Ich habe überlegt, ob ich den Offenen Brief mit dem Exkurs überfrachte. Mir erscheint es aber so, daß in den Redaktionen für Wirtschaft und Politik manchmal vergessen und darum nicht vermittelt wird, warum es eigentlich zur Bildung der RAF kommen konnte, und was eigentlich auch Berichterstattungs-Gegenstand ihres Ressorts wäre. Darum die Ausführlichkeit. Ich denke dabei auch an Mitleser, die weniger in der Ökonomie zu Hause sind, als die Wirtschaftsredaktion. Der Anlagetipp, der Bericht über Fusionen oder Konkurse von Unternehmen, die Übernahme eines Aufsichtsmandates durch den Minister X sind berechtigte Themen. Zu bedenken ist aber doch, daß die ökonomischen Probleme bekanntermaßen so gewaltig sind, daß sie - wenn keine Lösungsansätze sichtbar gemacht werden - wieder zur gewalttätigen Auflehnung führen können. „Der Mord als Ziel“ wie es im Titel vom Leitartikel von Andreas Rinke in Bezug auf die Basken, Korsen und Nordiren am 19./20. 7. 97 in der HAZ heißt, ist doch Unsinn. Der Mord als Ziel mag bei Triebtätern vorkommen, im politischen Bereich ist er in der Regel eine Verzweiflungstat, die inhumane

Antwort auf gesellschaftliche Erstarrung und auf die Verweigerung einer offenen Kommunikation. Der politische Mord steht aber auch für Abwesenheit von eingeübten gewaltfreien Strategien. Die DenkerInnen in den Studierstuben und Institutionen müssen Zeichen setzen, indem sie an neuen Lösungsansätzen arbeiten oder vergessene ausgraben. Und die Massenmedien sollten sich nicht zu schade sein, um über jeden kleinen gedanklichen oder praktischen Fortschritt zu berichten. Lieber ein dutzend Mal über Wendeer berichten, als einmal einen brauchbaren Gedanken nicht bekannt zu machen. Leider werden aber falsche Signale gesendet: Z.B. Unsere Marktwirtschaft leidet an der Krebskrankheit, genannt Kapitalismus. Dieser Kapitalismus produziert immer mehr Armut und massenweise Arbeitslose, konzentriert den Reichtum und hebelt den chancengleichen Wettbewerb aus. Die schwedische Akademie verleiht nun nicht etwa den Nobelpreis für Wirtschaft (der eigentlich gar keiner ist) für Forscher, die die Marktwirtschaft vom Krebs, genannt *Kapitalismus*, befreien, sondern an die zwei sympathisch dreinschauenden Herren Scholes und Merton, die gezeigt haben, wie ein paar Tausend Anleger und Makler, die sich an den Metastasen *Derivate* gütlich tun, ihr Risiko minimieren können. (HAZ vom 15. 10. 97) Es werden in ein und dem selben Jahr also Nobelpreise an Leute verliehen, die in dem einen Fall das Auslegen von Landminen bekämpfen und in dem anderen Fall die Auslegung ökonomischer Minen fördern.

Da die Wirtschaft der Bereich ist, von dem der innere und äußere Frieden eines Landes abhängt, müßte folglich auch die Wirtschaftsseiten jeder Zeitung eigentlich das ganze Spektrum der wirtschaftlichen Friedensarbeit abdecken und über entstehende Konfliktpotentiale berichten. Natürlich soll der Manager einen Informationsnutzen aus diesen Seiten ziehen können. Auch schadet es nicht, wenn der Geldanleger erfährt, wo ein $\frac{1}{4}$ % mehr Rendite für seine Anlage erzielen kann. Aber welchen Erkenntniswert hat eine Meldung, daß sich die Arbeitslosenquote von sagen wir 12,4 auf 12,1 oder 12,5 verändert hat. Was hat der Hausmann / die Hausfrau, der Schüler / der Lehrer für einen Nutzen. Die Wirtschaftswissenschaftler müssen herausgefordert werden über ihre neuen oder verstaubten Gedanken und Forschungsergebnisse zu berichten. Wirtschaftsjournalisten müßten sich mit kriminalistischem Scharfsinn auf die Suche nach praktizierten neuen inner- und außerbetrieblichen Kooperationsformen machen. Sie müßten den Bundeskanzler Kohl fragen, ob denn unser Bildungs- und auch Gewerkschaftssystem, das die Menschen auf funktionierende Arbeitnehmer abrichtet, überhaupt eine „neue Kultur der Selbständigkeit“ (HAZ ,17.11. 97) zuläßt. Und sie sollten Kohl fragen, ob denn nicht die beklagte Vollkasko-Mentalität ein Ergebnis des von allen Parteien nur in Varianten unterschiedlich praktizierten Sozialdemokratismus, eines Systems der willkürlichen, un-

systematischen Staatsinterventionen, ist? Bei dem, was die Wirtschaftspolitik leistet, ist es fast eine Unverschämtheit, von den Menschen mehr Risikobereitschaft zu zeigen, sondern es ist da klüger, auf eine von den Bündnisgrünen geforderten (problematischen) Grundversorgung zu setzen. Der Wirtschaftsteil muß insgesamt unterhaltsamer und aufklärerischer werden. Er muß die gesamte gedachte und praktizierte Ökonomie widerspiegeln. (Dies ist keine persönliche Kritik an Ihnen, Frau Schmidt-Wehrmann, der verantwortlichen Redakteurin für den Wirtschaftsteil der HAZ, sondern richtet sich mehr oder weniger an alle Zeitungsmacher von allen Zeitungen. Es darf z.B. nicht unkommentiert die Nachricht verbreitet werden, die Gebührenerhöhung für Medikamente treibe die Inflation an. Die Gebührenerhöhung für Rezepte treibt - wenn nicht gleichzeitig eine Beitragsermäßigung von den Krankenkassen eingeräumt wird, die Kosten für die Zwangsversicherten in die Höhe, inflationär können sie aber nur dann wirken, wenn gleichzeitig zusätzliches Geld (durch die Notenbank oder durch Enthortung) in den Verkehr kommt. Es kann doch auch nicht ausreichen, darüber zu berichten, daß in der Region aus konzernpolitischen Gründen eine Aktiengesellschaft verscherbelt wird, ohne zu fragen, welche Auswirkungen das auf das Leben der Arbeitnehmer hat und warum können diese, die den Wert des Unternehmens erhalten und vermehrt haben, dies Unternehmen nicht selber kaufen?)

Otto Conrad, Die Todsünde der Nationalökonomie, 1934

Dr. Otto Conrad wird in der o.a. Schrift als Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien ausgewiesen. Die Todsünde der Nationalökonomie besteht nach Conrad darin, daß neben der Arbeit das Kapital und der Boden als Produktionsfaktoren dargestellt werden. Dadurch würden Lösungswege für die soziale Frage erkenntnismäßig verbaut.

Die Unhaltbarkeit der Lehre von den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Die Grundgedanken dieser Lehre sind die folgenden: Es gibt nicht ein Subjekt, sondern drei Subjekte der Wirtschaft, Produktionsfaktoren genannt, die nebeneinander in gleicher Weise Produktionsleistungen verrichten: Arbeit, Boden und Kapital. Nach dem Verhältnis der Produktionsleistungen wird bei freier Konkurrenz das Sozialprodukt verteilt, ein Verteilungsvorgang, der in zwei Verteilungsvorgänge zerfällt, in die 'funktionelle' und in die 'personelle' Verteilung.“ ... (S.4)

...Nach dem Gesagten ist der erste Grundgedanke der Lehre von den drei Produktionsfaktoren völlig verfehlt. Die einfache Wahrheit ist eben doch die, daß das Produzieren eine Tätigkeit ist und daß die leblosen Produktionsmittel keine Tätigkeit entfalten und daher auch keine Produktionsleistungen verrichten können. Damit stürzt die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren zusammen.,, ... (S.5)

...Diese auffallende Erscheinung (der Drei-Faktoren-Theorie d.V.) hat einen sehr ein-

fachen Grund. Man sucht nach einer Theorie, die den Zins und die Bodenrente nicht nur erklärt, sondern auch sozialethisch rechtfertigt. Dazu bedarf es des Nachweises, daß dem Einkommensbezug eine Gegenleistung des Einkommensempfängers entspricht. Und dies setzt wieder voraus, daß ein Produktionsfaktor da ist, der diese Gegenleistung verrichtet. Denn nur ein Produktionsfaktor kann, wie schon der Namen sagt - das Wort Faktor kommt von *facere*, d.h. tun, handeln - Leistungen verrichten. Bei dem arbeitenden Menschen treffen diese Voraussetzungen zu. Er ist tätig, er verrichtet Produktionsleistungen. Daher fällt hier die von Amonn gekennzeichnete 'Hauptschwierigkeit' weg. Anders liegt die Sache beim Zins und bei der Bodenrente. Denn hier ist der Produktionsfaktor, der die Gegenleistung verrichtet, nicht ersichtlich. ... (S.10)

...So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem als der sozialethischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente. Man pflegt den Gegnern dieser Lehre vorzuwerfen, daß sie soziale Werturteile fällen. In Wahrheit liegt die Sache gerade umgekehrt. Ihre Anhänger sind es, die von politischen Vorurteilen und sozialen Werturteilen geleitet sind. Damit will ich keinen persönlichen Vorwurf erheben. Unter diesen Anhängern befinden sich zahlreiche Forscher, deren ernstes und aufrichtiges Streben nach der Wahrheit über alle Zweifel erhaben ist. ... (S.11)

Die Lösung des Problems sucht Conrad in der freien Konkurrenz. Er schreibt:

Bei freier Konkurrenz fällt der Preis mit den Arbeitskosten zusammen. Er kann nicht dauernd über den Arbeitskosten gehalten werden. Denn sobald er die Kosten übersteigt, ergibt sich ein Gewinn, der andere Arbeiter anlockt und so zu einer Ausdehnung der Produktion führt, die den Gewinn wieder beseitigt. Infolge des Zusammenfallens der Preise mit den Arbeitskosten setzt sich der Preis ausschließlich aus Lohnquoten zusammen, was weiter zur Folge hat, daß es in der Wirtschaft der freien Konkurrenz nur eine Art Einkommen, den Lohn gibt. Diese Sachlage wird dadurch ermöglicht, daß bei freier Konkurrenz von jeder Güterart immer so viel Güter erzeugt werden können, als beim Kostenpreis begehrt werden. Und dies ist wieder deshalb möglich, weil eben die Konkurrenz frei, d.h. der Zutritt zu jeder Betätigung offen ist und Produktionsmittel frei verfügbar sind. (S.22)

(Hier ohne Hervorhebungen durch Sperrschrift. TA)

Roderich Boettner, *Das Gerechtigkeits-Wirtschaftssystem*, 1968

Der Autor dieser Schrift stellt sich als „Vorstandsmitglied in Hessen der Unabhängigen Arbeiterpartei e.V.“ vor. Ich zitiere Boettner hier, weil die Schrift vielleicht für jene Zeitgenossen interessant ist, die die Lösung des Verteilungs-Problems im Investivlohn suchen. Ansätze dafür findet man bei SPD wie bei der CDU. Der Untertitel der Schrift lautet nämlich: „Reingewinnverteilung an sämtliche Mitarbeitende jedes Wirtschaftsbetriebes“. Boettner kann man in die Reihe der Dritte-Weg-Theoretiker einordnen, denn in dem Kapitel „Kapitalistisches und kommunistisches Wirtschaftssystem widersprechen der Gerechtigkeit“ schreibt er:

Wie es die Praxis beweist, ermöglicht das kapitalistische Wirtschaftssystem einzelnen genialen Persönlichkeiten der Wirtschaft ihre Bereicherung ohne irgendwelche

Schranken und Grenzen. Mit dem immer deutlicher sichtbar werdenden Erfolg, daß allmählich die Zusammenballung des gesamten materiellen Besitzes unserer Republik in den Händen einiger Hundert Großindustrieller und-Kapitalisten und deren großer Familien erfolgt, unter Ausschluß der restlichen Dutzenden von Millionen deutscher Familien. Diese Multimillionäre und Milliardäre sind in der Lage, den ungerechtesten, unvernünftigsten, ja für die Volksgesamtheit gefährlichsten Gebrauch von ihren riesigen Betrieben und Geldmitteln zu machen, ohne daß sie irgend jemand daran hindern könnte, denn unsere Gesetze erlauben das. ... (S.5)

Und zum Kommunismus schreibt er:

Das auf dem Unrecht der 'Diktatur des Proletariats' (der schrankenlosen Vorherrschaft einer Klasse der Volksgesamtheit) beruhende kommunistische Wirtschaftssystem verneint bekanntlich den Eigentumsbegriff, dort gibt es wesentlichen Privatbesitz nicht, 'alles gehört allen' (womit es in Wirklichkeit niemandem gehört). Jeder Fortschritt der Menschheit geht nach kommunistischen Theorien angeblich auf das 'Kollektiv' zurück, wohingegen kein Kenner der geschichtlichen Aufwärtsentwicklung auf unserer Erde bestreiten wird, daß jede Erkenntnis, Begriffsbildung, Erforschung, Erfindung, Neuschöpfung, Entdeckung usw., welche die Zivilisation und vor allem die Kultur der Völker unseres Planeten auf eine höhere Stufe hoben, von genialen Einzelpersonlichkeiten (...) stammen. Dieser kardinale Fehler in den marxistischen Maximen, der jeglicher Erfahrung der Menschen unseres Kulturkreises widerspricht, ist der ausschlaggebende Grund für die mangelhaften wirtschaftlichen Erfolge der Kommunisten, ... (6 ff.)

Boettner will die Gerechtigkeit rechtlich herstellen, das wird aus der nachfolgend 2. von 9 Hauptthesen deutlich:

Die Nutzung eines Betriebes kann nicht nach Rechtsprinzipien der Slaven- bzw. Leibeigenenzeit erfolgen, als die Arbeitskräfte dingliches Eigentum ihrer Herren waren und der von ihnen erarbeitete Anteil des Reingewinns automatisch Eigentum ihrer Eigentümer wurde. Die Arbeit (also geistige und körperlich Anstrengungen) dinglich freier Menschen kann auch nicht dem rein mechanischen Betrieb werkseigener Automaten rechtlich gleichgestellt werden, sondern sie ist durch Beteiligung am Arbeitsertrag (Reingewinn des Betriebes) abzugelten.“ (S. 16)

Wenn das Gesamtkonzept von Boettner auch nur vordergründig schlüssig ist, so gibt auch dieses Dokument einen Einblick in das Ringen um die Entstörung oder Humanisierung der Sozialökonomie.

Walter Eucken, *Wettbewerb, Monopol und Unternehmer*, 1953

Walter Eucken muß man eigentlich nicht vorstellen. Für die Nichtökonomien sei nur gesagt, daß er Professor der Ökonomie war und Erhebliches zur Klärung der Wirtschaftssysteme geleistet hat. Verkneifen kann ich mir aber nicht, daß er der Sohn des Ostfriesen und Philosophen Rudolf Eucken ist. Die Anmerkung, daß die obige Schrift von Otto Lautenbach heraus-

gegeben wurde, ist insofern nützlich, weil der Name bei der nächsten Quelle wieder auftaucht und später im Zusammenhang mit Gesell genannt wird.

Bei Eucken wird besonders deutlich, daß die sozialistischen und liberalen Ökonomen in der Zielsetzung gar keine große Differenzen haben. Die Differenzen gibt es bei den Zielerreichungsmaßnahmen. Wenn die Liberalen und Sozialisten Silvio Gesell jeweils aus unterschiedlichen, nicht immer verständlichen Gründen aus ihrer Erkenntnisarbeit ausgeschlossen hätten, dann wäre eine Annäherung der Ökonomieschulen schon in den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts möglich gewesen. Die Wirtschaftskrisen in der Weimarer Republik wären vermeidbar gewesen. Hitler, der Holocaust und der zweite Weltkrieg hätten in den Geschichtsbüchern keinen Platz beansprucht. Aber auf Gesell gehe ich im Hauptteil ein.

Nun Walter Eucken:

Die Fragen, die der Wirtschaftspolitik heute aufgegeben sind, treten deutlich hervor: Herstellung eines möglichst störungsfreien Wirtschaftsprozesses, dadurch die Ermöglichung einer zureichenden Gesamtversorgung und auf dieser Grundlage auch einer vernünftigen Verteilung: Entfaltung der individuellen Kräfte; mit alledem größtmögliche Verwirklichung von Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit im menschlichen Zusammenleben.

Die Antworten aber bewegen sich in zwei veralteten Antithesen: Die erste Antithese lautet: Privateigentum kontra Kollektiveigentum. Sie wurde vor allem von Marx mit großer Wucht vorgetragen. Mit scharfem Blick für die wirtschaftlichen Machtpositionen seiner Zeit hat Marx gesehen, was wirtschaftliche Macht in einer Umgebung bedeutete, in der im übrigen die Menschen politisch gleichberechtigt waren, und welche schwerwiegenden Schädigungen aus dem Mißbrauch der Macht erwachsen. Er hat auch gesehen, daß private Macht oft mit Privateigentum verbunden war. Insofern war er Realist. Aber er ignorierte alle historische Erfahrung, wenn er in der stolzen Freude des Entdeckers glaubte, durch Kollektiveigentum könne wirtschaftliche Macht beseitigt werden. Hierin war er Utopist.

Diese utopische Vorstellung setzte sich seitdem mit großer Zähigkeit in den Köpfen vieler Menschen fest und beherrscht noch, obwohl aus dem Ideenkampf des 19. Jahrhunderts überkommen, die Auseinandersetzungen der Gegenwart. Man wehrt sich heute noch gegen die Erkenntnis, die doch durch die Erfahrung aufgezwungen wird, daß durch Zusammenschluß großer oder auch kleinerer Gebilde zu staatseigenen ganz großen Gebilden die Machtpositionen nur verstärkt werden. Durch die Vereinigung wirtschaftlicher und politischer Macht vollzieht sich eine doppelte Machtkonzentration, die doppelt gefährlich ist. ...

Die zweite große Antithese proklamiert: zentrale Lenkung gegen vermeintliche Anarchie der individuellen Produktion. Auch hier ist man noch immer nicht über die alten Irrtümer hinausgekommen, wie sie vor allem für die Saint-Simonisten charakteristisch sind, und wiederholt seit 150 Jahren die gleichen Argumente. Hören wir einige dieser Argumente: Die Konkurrenz führe 'zu mörderischen Kämpfen, in denen einige Glückliche um den Preis des wirtschaftlichen Ruins zahlloser Opfer triumphieren'. Die Produktion sei notwendig maß- und steuerungslos, der Zusammenhang

zwischen Produktion und Konsumtion ununterbrochen gestört. Keinerlei Gesamtüberblick beherrsche die Produktion, die durch isolierte Einzelpersonen geleitet werde, welche weder die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Menschen, noch die zu ihrer Befriedigung notwendigen Mittel kennen. Aber die Anarchie von Produktion und Verteilung werde durch den Geschichtsprozeß selbst überwunden und in einer naturnotwendigen Entwicklung von einer organischen Sozialordnung abgelöst werden. Zentrale Lenkung würde dann eine sinnvolle Steuerung des Wirtschaftsprozesses ermöglichen. ... (S. 7 u. 8)

...Freilich diese veralteten Ideologien sind auch Instrumente in der Hand bestimmter Gruppen von Funktionären im Kampf um die Macht und in der Verteidigung ihrer Machtpositionen ... (S.9)

Die geschichtliche Erfahrung hat bewiesen, daß sich die Marktform vollständiger Konkurrenz keineswegs dort herstellte, wo man den Dingen einfach den Lauf ließ, d.h. die Wirtschaftspolitik des sogenannten Laissez-faire herrschte. Diese Wirtschaftspolitik wurde und wird immer wieder mit vollständiger Konkurrenz verwechselt - ein schwerer und verhängnisvoller Fehler. Denn diese Wirtschaftspolitik gewährte Freiheit auch dazu, sich zusammenzuschließen und so die Konkurrenz zu beseitigen. ...

Ein tiefer Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz ist überall und zu allen Zeiten lebendig. Jeder erspäht Möglichkeiten, um Monopolist zu werden. ... (S.12)

Aufgabe der Wettbewerbsordnung ist es, eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen. Was sie anstrebt, das ist: die soziale Frage im Geist der Freiheit zu lösen und dadurch die Freiheit überhaupt zu retten. Dazu aber ist es notwendig, daß die Träger der Ordnung auch den Sinn der Ordnung verstehen. Noch aber fehlt es in allen Ländern an einer Führungsschicht, die begriffen hat, was die Wettbewerbsordnung ist: Nicht nur an sich, als Ordnung der Wirtschaft, sondern auch als Bedingung für eine Ordnung der Gesellschaft.

Man muß wissen: Indem man sich für Zentralverwaltungswirtschaft oder für die Wettbewerbsordnung entscheidet, entscheidet man sich zugleich für ganze, große Lebensbereiche. Wenn man die Konsequenzen der Zentralverwaltungswirtschaft nicht will, dann muß man wollen, daß das Gesetz des Wettbewerbs herrscht. Und wenn der Markt herrschen soll, dann darf man sich auch nicht weigern, sich ihm anzupassen. ... (S.24)

(Ohne Hervorhebungen durch Kursivschrift.TA)

Luwig Ehrhard / Erwin Hielscher/ Wilhelm Kromphardt/ Otto Lautenbach/ Max Schönwandt

Geleitwort in der 1. Ausgabe der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft - Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis,-Politik, 1949:

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen, erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklich-

keitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an, sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute kommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten 'realen Voraussetzungen') sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land 'arm' oder 'reich' sein.

Die 'Währung' ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der 'Wirtschaft' hätte. Sie ist 'nur' eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen.

Aber 'RICHTIGES GELD' ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung....

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt. ...

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt. ...

Anzumerken bleibt. Anhand dieses Textes kann man feststellen, daß wir bei uns in der westlichen BRD genauso weit von unseren Ausgangsidealen entfernt haben, wie die DDR von ihren sozialistischen Idealen. Nur ist es so, daß die Marktwirtschaft auch noch in ihrer deformierten Form leistungsfähiger ist als zentralistisch-sozialistische Systeme. Mir ist in Bezug auf den Euro kein vergleichbarer Text vor die Augen gekommen. Vielleicht ahnen die politischen Akteure, daß der Euro, so wie er konstruiert werden soll, nicht das leisten kann, was man von ihm erwartet. Im Grunde ist die Wirtschaftspolitik der BRD eine Folge von Niederlagen geworden, weil den Konsequenzen, die im obigen Text angelegt sind, ausgewichen wurde.

Wilhelm Röpke, Die Krise des Kollektivismus, 1947

